

Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

**Steuerwerkschaftstag 2014**

**Leitantrag I**

## **Die Steuerverwaltung finanziert wesentlich mehr als sich selbst**

**Jede(r) zusätzliche Kollege/ in bringt das  
Mehrfache von seiner/ ihrer Besoldung.**

**Die DSTG hat drei Forderungen und  
Finanzierungsvorschläge, die den Haushalt  
stärken!!!**

- 1. Die DSTG fordert mit einem realistischen, mittelfristigen  
Stufenplan in den nächsten fünf Jahren 1.500 zusätzliche  
Stellen: 750 im Innendienst und 750 im Außendienst.**
- 2. Gerechte Bezahlung und attraktive Eingangsbesoldungen**
- 3. Spitzenamt A 13 Z für Konzernprüfer und herausgehobene  
Sachgebietsleiter des gehobenen Dienstes**

# **Die DSTG hat folgende Finanzierungsvorschläge:**

## **Das Geld liegt auf der Straße !!!**

Der Computer, bzw. das Risikomanagementsystem (RMS) findet das Geld, also die Mehrsteuern nicht. Wie auch? Dies können nur Kolleginnen und Kollegen, denn diese sind dafür sehr gut ausgebildet und wissen, um was es geht.

Zu restriktiv eingestellt und ohne menschliche Intelligenz kann das oben genannte RMS bestenfalls durch Hinweise helfen. Lebenssachverhalte kann RMS nicht erkennen. Diese müssen von den Kolleginnen und Kollegen in einer Gesamtschaubetrachtung steuerlich zutreffend gewürdigt werden.

**Hierzu fehlt das dringend benötigte Personal im Innendienst. Jeder Beschäftigte im Innendienst erwirtschaftet das Mehrfache seiner eigenen Kosten.**

Mit der aktuellen Personalausstattung bleiben nicht nur Steuererklärungen unbearbeitet liegen, sondern auch Selbstanzeigen aus der Schweiz können nicht ausreichend überprüft und ausgewertet werden.

Unsere Außenprüfer bringen im Durchschnitt sogar deutlich mehr als eine Million Euro Mehrsteuern. Dennoch haben wir viel zu wenige Prüfer und demzufolge zu lange Prüfungsturni.

Baden-Württemberg fehlen im Vergleich zu Bayern über 4.000 Finanzbeamte (bei Umrechnung der Zahlen des Obersten Bayrischen Rechnungshofes).

**Die DSTG fordert deshalb mit einem realistischen, mittelfristigen Stufenplan in den nächsten fünf Jahren 1.500 zusätzliche Stellen: 750 im Innendienst und 750 im Außendienst.**

## **Betriebsprüfer werden Konzernprüfer**

Durch die **Umschichtung von Betriebsprüfern in die Zentrale Konzernprüfung** wird mehr Effektivität erreicht. Durch die im Land verbleibenden Mehrsteuern (nach Länderfinanzausgleich) können die umgeschichteten Prüfer aus den Betriebsprüfungshauptstellen wieder ersetzt werden.

## **Reform des Länderfinanzausgleiches**

Der Länderfinanzausgleich muss für die Interessen Baden-Württembergs mit Nachdruck reformiert werden. Jedes Land - egal ob Geber- oder Nehmerland - sollte die Kosten für seine Steuerverwaltung vor der Berechnung des Länderfinanzausgleichs in Abzug bringen. Nur dann sind alle Länder gleichermaßen motiviert, für ihre Steuerverwaltung etwas zu tun.

## **Begründung der Forderungen 2. und 3.:**

### **Gerechte Besoldung – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

Die Menschen werden jedes Jahr älter! Es wurde aber keine ausreichende Vorsorge getroffen, trotz unserer ständigen und jahrelangen Hinweise. Welche Perspektiven bieten sich aber dem dringend benötigten Nachwuchs, den jungen Kolleginnen und Kollegen? Wie wollen wir junge Kollegen für die Finanzverwaltung begeistern.

Statt einer Perspektive bieten wir eine gekürzte Eingangsbesoldung im gehobenen Dienst um 4 % und im höheren Dienst sogar um 8 %. Das bedeutet in den ersten drei Jahren ein halbes, beziehungsweise ganzes Monatsgehalt pro Jahr weniger Besoldung! Was aber macht die freie Wirtschaft? Sie hat den demografischen Wandel und die Notwendigkeit der Nachwuchsgewinnung erkannt. Sie erhöht deshalb die Eingangsgehälter und gibt oft ein iPhone und einen Firmenwagen noch dazu! Die Zeiten ändern sich und fast keiner scheint es zu bemerken: Vor 30 Jahren wurde in Ludwigsburg studiert oder die Ausbildung an den Finanzschulen gemacht, um größtenteils bei der Steuerverwaltung zu bleiben. Einige der nachfolgenden Generation haben – aufgrund besserer beruflicher Aussichten – in den Jahren nach dem Studium die Verwaltung verlassen.

Die jetzige Generation kommt zu uns, weil sie genau weiß, eine erstklassige Ausbildung zu erhalten. Sie haben aber oft – und das ist neu (!) - von vornherein gar nicht mehr die Absicht, Finanzbeamte zu werden. Letztes Jahr haben fast 20 % der Absolventen des mittleren und des gehobenen Dienstes keine Übernahme beantragt. Wir befürchten, dass es dieses Jahr nicht besser werden wird. Das ist nicht gut! Sondern ein klares Warnsignal an die Politik.

Diese jungen Menschen sind nach dem Studium oft erst Anfang 20 und wissen, dass sie noch bis zu ihrem 70. Lebensjahr, d.h. fast noch 50 Jahre werden arbeiten müssen. Welchen Anreiz bekommen sie dafür in der Finanzverwaltung gesetzt? Ihr seid uns 4 % / 8 % weniger wert, für euch ist kein Geld da!

**Die DSTG fordert daher die Politik auf, diese nachwuchsfeindliche Kürzung sofort zurückzunehmen!**

**Steuerbeamte müssen entsprechend ihrer Aufgaben und Verantwortung bezahlt werden. Dies von Anfang an!**

Die Eingangsbesoldung im mittleren Dienst muss daher A 8 und im gehobenen Dienst A 11 betragen. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit und des Umgangs mit den jungen Kolleginnen und Kollegen!

### **Spitzenamt A 13 Z für Konzernprüfer und herausgehobene Sachgebietsleiter des gehobenen Dienstes**

Für den gehobenen Dienst fordern wir das Spitzenamt A 13 Z. Es ist die einzige Laufbahn in der Steuerverwaltung, in der es für Spitzenbeamte keine Zulage gibt. Dieses Amt ist angesichts zugrunde liegender Funktionen als Sachgebietsleiter oder Prüfer, aufgrund der besonderen Leistungen und als Anreiz zwingend aufzuwerten. Was für andere Verwaltungen recht ist, muss für uns billig sein.